

krepanz zwischen dem konkreten Engagement der Einzelnen für die Anderen, und der angeblichen Bedeutung, die Solidarität in den jeweiligen politischen Systemen beigemessen wird (vgl. S. 509).

Neben den Einstellungen der Staatsbürger spielen auch Klientelismus und Lobbyismus eine wichtige Rolle bei der politischen (Nicht-)Implementierung von Solidarität. Dies wird im Sammelband zwar erwähnt (S. 516), kommt aber bei den einzelnen Analysen zu kurz zum Ausdruck. Außerdem ist die Behauptung, in der Bundesrepublik hätten infolge der Wirtschafts- und Finanzkrise nur begrenzte und keine strukturellen Reformen stattgefunden, angesichts des im Buch selbst erwähnten, tiefgreifenden Hartz-IV-Reformpakets (S. 524) nicht wirklich nachvollziehbar – immerhin haben diese Reformen tiefe Spuren in der deutschen Parteienlandschaft hinterlassen. Im Sammelband wird außerdem die „Krise“ weitgehend auf die Wirtschafts- und Finanzkrise reduziert. Eine breitere Untersuchung der Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus *à la* Habermas hätte die Analysen bereichert. Es fehlen zudem Betrachtungen zur Solidarität zwischen den jüngeren und den älteren Generationen. Sie sind aber angesichts des heutigen demografischen Wandels besonders relevant. Möglicherweise wäre dann jedoch das schon jetzt sehr ambitionierte Unternehmen nicht mehr zu meistern gewesen.

Neue Polit. Lit. (2020) 65:203–206
<https://doi.org/10.1007/s42520-020-00214-5>

Hafener, Benno/Unkelbach, Katharina/Widmaier, Benedikt (Hrsg.): Rassismuskritische politische Bildung. Theorien – Konzepte – Orientierungen, 224 S., Wochenschau, Schwalbach/Ts. 2018.

Arno Mohr

Online publiziert: 24. Januar 2020
© Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2020

Als Folge von Rechtsextremismus (NSU-Prozess), Extremismus überhaupt, Islamismus und der daraus hervorgehenden Unabweisbarkeit praktischer Prävention gegenüber diesen Atavismen menschenfeindlicher, von Hass erfüllter Aggressivität wurden in den vergangenen Jahren von Bund und Ländern Programme aufgelegt, die um die Förderung von Demokratie auf vielfache Weise zentrieren. Einen Beitrag im

A. Mohr (✉)
Heidelberg, Deutschland
E-Mail: arno.mohr@gmx.net

Geiste dieser Maßnahmen leistet der vorliegende Sammelband, der auf einer Tagung der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz im Haus am Maiberg in Heppenheim im Jahre 2016 basiert. Die non-formale politische Bildung stehe vor der Aufgabe zu klären, was ‚Rassismus‘, was ‚Rassismuskritik‘ jeweils sei. Nur so könne Rassismus, so die Herausgeber, bekämpft beziehungsweise verhindert werden (S. 10).

Neben der „Einführung“ von Benno Hafenegger und Benedikt Widmaier (S. 9–15) enthält der Band 15 Aufsätze, die in etwa verteilt sind auf zwei größere Rubriken, von denen die erste auf theoretische Konzepte konzentriert, die zweite auf Institutionen und Strukturen; zwei Beiträge beleuchten abschließend die internationale Dimension der Thematik. Die Autoren – elf Frauen und acht Männer – kommen im Wesentlichen aus der Erziehungswissenschaft, vereinzelt aus der Politischen Bildung im engeren Sinne. Sie alle sind Parteigänger einer Kritischen Politischen Bildung, deren Anliegen und deren Aufgabenstellung in einer Weise entsprochen wird, die durch eine monophone Zielsetzungs- beziehungsweise Findungs-Analytik besticht, die die Unterschiede der inhaltlichen Bestimmung im Einzelnen den Ton angeben. Aus diesem Grunde erscheint es durchaus gerechtfertigt, die Ergebnisse der Analysen unter bestimmten Gesichtspunkten und nach bestimmten Kriterien zusammenfassend zu würdigen.

Rassismusbegriff: Der hier benutzte Rassismusbegriff soll – im Gegensatz zu einer synchron zu Biologisierung, Politisierung und Nationalisierung des Rassebegriffs verlaufenden Definition – viel weiter gezogen werden. Er wird ausgedehnt auf einen ‚Alltagsrassismus‘ (analog zum ‚Alltagsfaschismus‘), der tief in der bürgerlichen Gesellschaft verwurzelt sei, der unbewusst, daher gedankenlos sich äußern würde und zum Nährboden von voluntaristisch-violentem Aktivismus direkt oder indirekt führe (Hafenegger, S. 26; Türkân Kanbıçak, S. 141 f.). Man kann diese Auffassung durchaus als ‚strukturellen‘ Rassismus definieren – in Anlehnung an das Konzept der „strukturellen Gewalt“ (Johan Galtung) in der kritischen Imperialismus-beziehungsweise ‚Dritte-Welt‘-Forschung der 1960er und 1970er Jahre. Es liegt in der Konsequenz dieser ‚Begriffspolitik‘, dass eine Entdifferenzierung der Rassismusbestimmung nicht ausbleiben wird. Die etablierte, sich fortwährend wandelnde Encadrierung des Begriffs wird leer und leerer, eben substanzloser. Wenn nunmehr Rassismus als gesellschaftliches Verhältnis in der westlichen Moderne charakterisiert und sozusagen in einem ubiquitären Sinne verstanden wird (so María do Mar Castro Varela/Natascha Khakpour, S. 35; Sebastian Seng, S. 48; Anastasia Paschalidou, S. 94 f.; Yalız Akbaba, S. 111), dann wird man nicht umhinkommen, diesen Schluss zu ziehen. Der Glaube an die berechtigte Frage nach den gesellschaftlichen Ursachen von Rassismus als geeignetes Mittel für Erkenntnisfortschritt scheint aber in dem Moment ins Wanken zu geraten, wenn es ans Operationalisieren geht, wenn also die hypothetisch angenommene Allgegenständlichkeit von Rassismus gewissermaßen sichtbar gemacht werden muss. Reduktionistische Konzepte wie die biologische Sichtweise (Seng, S. 54; Paschalidou, S. 97 f.), gar auch die kulturalistische Variante (Paschalidou, S. 97 f.) würden zu kurz greifen beziehungsweise würden in ihren Erklärungsangeboten über Oberflächenphänomene nicht hinauskommen, verfehlen also analytisch die tieferliegenden Ursachen. Es wird ferner eine vorschnell angenommene „Unsichtbarkeit“ von Rassismus als Indiz dafür genommen, dass

beispielsweise Schulen explizit rassismusfreie öffentliche Räume seien. Rassismus werde lediglich in Verbindung mit Rechtsextremismus, mit bildungsfernen Milieus und mit Multikulturalität gebracht (Tina Dürr/Eva Georg, S. 121 f.). Die Vorstellung, dass Rassismus hingegen sogar in der sogenannten „Mitte der Gesellschaft“ situiert sei, sei tabuisiert worden, weil dies dem Ideal einer wohleingerichteten bürgerlichen Gesellschaft widerstreite (Bernd Overwien, S. 196).

Aufgaben für die Politische Bildung: Auf dieser Basis erwachsen der Politischen Bildung neue Aufgaben. ‚Migrantenjugendliche‘ sollen nicht allein als Opfer betrachtet werden, sondern als diejenigen, die die entscheidenden „Bedeutungskämpfe“ zu führen hätten. Das erfordere Einübung durch Politische Bildung (Varela/Khakpour, S. 43). Eine Verflechtungsgeschichte in nationaler und europäischer Hinsicht soll die Sichtbarkeit migrationsbedingter Heterogenität ermöglichen, in Verbindung mit einer Art demokratischer *counterinsurgency*, unter Ausschluss kulturalistischer homogenisierender Gemeinschaftskonstruktionen (Seng, S. 54 f.). Dazu zählt auch „Globales Lernen“. Selbst die Kultusministerkonferenz habe dessen Notwendigkeit erkannt und entsprechende Programme initiiert (Overwien, S. 200). Die Gegenfront gegen Antisemitismus soll durch Herstellung eines angemessenen Bildes von Juden und jüdischer Religion an Durchschlagskraft gewinnen. Dieses Bild entspricht dann der Realität, wenn man bereit ist, die Tatsache zu akzeptieren, dass Israel und die jüdische Diaspora ‚zwei Paar Stiefel‘ seien. Das treffe auch auf die völlig falsche Vorstellung zu, die israelische Gesellschaft sei in sich homogen (Micha Brumlik, S. 74 f.). Politische Bildung soll ein Mittel sein, den Abstand zur „race-Logik“ zu vergrößern, auch zu singulären Praktiken, denen unterstellt werde, schnelle Lösungen „auf einen Streich“ zu suggerieren (Shadi Kooroshy/Paul Mecheril, S. 89). „Nicht-diskriminierende Lernumgebungen“ sollen diese Maßnahmen zum Tragen bringen (ebd., S. 103). Kritische Rassismus-Pädagogik soll sich keineswegs in Hypermoralismus ergehen, sondern sich ertragsfördernder „in die Schuhe des anderen [d. i. des Rassisten] [...] begeben“, um Rassismus-reproduzierendes Handeln besser verstehen zu können (Dürr/Georg, S. 132).

Reflexion: Wie sind diese Aufgabenstellungen zu bewerkstelligen? In dieser zentralen Frage bleiben die Beiträge sehr vage. Wenn man die einzelnen Überlegungen auf einen Nenner bringen will, dann erscheint als recht apodiktisch der Königsweg „Reflexion“ als der *modus operandi*, der kritische Rassismus-Pädagogik fundamentieren soll – entweder in Form von Objektorientierung oder in Form von Eigenorientierung. Gerade Letztere soll dazu geeignet sein, das eigene Wahrnehmungsvermögen von Rassismus und die daraus erwachsenen Handlungsoptionen zu problematisieren. Das nimmt fast schon Kant’sche Ausmaße an. Bevor man sich mit Rassismus befasst, muss man sich sozusagen in Selbstbezüglichkeit ergeben. Es besteht die Gefahr, dass dieser Akt der Selbstbefragung in einer Selbstpsychologisierung in tendenziell nur noch laienhaftem Getue sein Bewenden findet und somit die Sachproblematik unterläuft. In einem Beitrag wird dieses Phänomen – in einer Fußnote – sehr plastisch auf den Punkt gebracht: Was bringe es, wenn man wisse, „dass der Autor aus einer weißen, katholischen, westfälischen Arbeiterfamilie kommt und heterosexuell unterwegs ist? Würde er die Argumente anders bewerten, wenn er aus einer senegalesischen Oberschichtsfamilie käme?“ (Overwien, S. 199).

So haben wir uns Reflexion nicht vorzustellen, denn damit werden unter der Hand neue Einfallstore für nicht-intendierte Stereotypisierungen geschaffen.

Einem Grunddilemma freilich kann sich die Politische Bildung, wie die meisten pädagogischen Bereiche, nicht entwinden, bleibt ihr, zumindest mittelfristig, immer adhäriert: die rapide Akkumulationsgeschwindigkeit von gesellschaftlich-politischen Problemfeldern, die sie in den Blick nehmen, die sie für gewöhnlich als ‚Herausforderungen‘ thematisieren muss und die dringend der pädagogischen Aufarbeitung bedürften. Das Dilemma besteht einfach darin, dass die Tatsache dieser Zuwächse auf der einen Seite im Einzelnen immer zu einer Zurückdrängung genauso wichtiger Bereiche der Politischen Bildung auf der anderen Seite führen wird. Politische Bildung leidet unter diesem Nullsummenspiel *volens nolens*. Auch helfen hier entsprechende Selektionsmaßnahmen wenig. Denn die überlagerten, der Zweit-, gar Drittrangigkeit anheimgegebenen Problemfelder haben ja weiterhin ihren ‚Sitz im Leben‘ und haben nichts von ihrer Relevanz eingebüßt.

Da Reflexion immer dem kritischen Momentum angeheftet bleibt, Kritik aber immer auch sachgerechte Würdigung meint, so lässt sich dieser Sammelband durch nennenswerte Vorzüge Meriten auszeichnen und als Ausgangspunkt für weiteres kritisches Nachfragen in Anspruch nehmen.

Neue Polit. Lit. (2020) 65:206–208
<https://doi.org/10.1007/s42520-020-00213-6>

Rose, Richard/Peiffer, Caryn: Bad Governance and Corruption, 205 S., Palgrave Macmillan, Basingstoke/New York 2019.

Sebastian Wolf

Online publiziert: 23. Januar 2020
 © Gesellschaft zur wissenschaftlichen Förderung politischer Literatur e.V. and the Author(s) 2020

In den letzten zwei Jahrzehnten sind so viele Publikationen über Korruption erschienen, dass jedes neue Werk fast schon einer Rechtfertigung bedarf. Dementsprechend betiteln Richard Rose und Caryn Peiffer das Vorwort ihrer neuen Monografie: „Why This Book Is Important“ (S. v). Ein Alleinstellungsmerkmal von „Bad Governance and Corruption“ sei der Fokus auf die Erfahrungen gewöhnlicher Menschen mit Korruption und anderen Formen schlechter *Governance* im Zusammenhang mit öf-

S. Wolf (✉)
 Berlin/Konstanz, Deutschland
 E-Mail: sebastian.wolf@medicalschooll-berlin.de